

Die „Welt“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abnahme ins Haus monatlich 2,-- M. Genosse. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Abnahme ins Haus monatlich 2,-- M. Genosse. Für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbestellungen sind die Postgebühren beizufügen. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Ungarn, das Saar- und Memelgebiet sowie das übrige deutsche Gebiet, Litauen, das Baltikum und die übrigen Länder 2,-- M. für das übrige Ausland 2,-- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80

Die Jahrgangspostens-Kontrollgebühr über deren Raum kostet 8.-- M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das letzte Heft des Monats 2,50 M., jedes weitere Heft 1,75 M. einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4,50 M. netto pro Seite. Stellen-Gesuche u. Worts-Anzeigen: das eingetragene Wort 2.-- M., jedes weitere Wort 1,50 M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Die Welt

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Bluts- und Bierfamilie

### Reichtum, Dummheit und schöne Frauen — die Vorbedingungen für die höhere Beamtenlaufbahn

Unser Genosse Lipinski, zur Zeit Minister des Innern in Sachsen, ist im Begriff, in der Verwaltung aufzuräumen und eine Personalpolitik durchzuführen, die den Bedürfnissen der demokratischen Verfassung des Landes entspricht und die Sabotage der demokratischen Gesetzgebung, die bisher von einem großen Teil der reaktionären Verwaltungsbeamten betrieben wurde, in Zukunft unmöglich machen soll. Er hat einen ersten Schritt auf diesem Wege getan durch die Neubefugung der Leitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern, die bisher ein Ministerialdirektor Dr. Schmidt inne hatte. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Wagner im Landtag, die sich auf diese Neubefugung bezog, antwortete Lipinski am Freitag in einer Rede, die beachtenswerte Enthüllungen über das System der königlich sächsischen Beamtenpolitik enthält und die vor allem den Nachweis führt, daß diese Politik bis auf den heutigen Tag fortgesetzt worden ist.

Lipinski begann seine Rede mit der Ankündigung weiterer Schritte auf dem nunmehr betretenen Wege. Die Grundlage für die Personalpolitik ist die sächsische Kabinettsverordnung über den juristischen Vorbereitungsdienst im Geschäftsbereich der inneren Verwaltung vom 22. Dezember 1902. Diese Kabinettsverordnung wurde erlassen, um den Landtag auszuschalten und um vornehmlich den Reich den Zutritt zur inneren Verwaltung möglich zu machen. Während in dem Referentenentwurf als Bedingung zur Aufnahme in die innere Verwaltung gestellt wurde, daß der Aufzunehmende die Referendarprüfung mindestens mit „gut“ bestanden haben müsse, begnügte sich die endgültige Verordnung mit dem Bestehen der Prüfung „mit Erfolg“. Die Veranlasser der Verordnung hatten also wenig Vertrauen zu den adeligen Anwärtern auf die Verwaltungsposten. Wäre man bei „gut“ geblieben, so wäre es vielleicht unmöglich gewesen, den Bedarf an Verwaltungsbeamten aus jenen Kreisen zu decken, für die der Verwaltungsdienst unbedingt vorbehalten bleiben sollte. Um die Sicherstellung der Verwaltungsposten für adelige Dummköpfe noch zu erhöhen, wurde für das Finanzministerium zum Referentenentwurf folgendes ausgeführt:

„Mit Rücksicht darauf, daß es an Bewerbern um Stellen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern nicht mangelt, daß Mittellose hierbei wohl überhaupt kaum in Betracht kommen können und daß die Beamten der inneren Verwaltung gegenüber anderen Staatsbeamten in mancher Beziehung bevorzugt sind, wird das Ministerium des Innern ersucht, von der Gewährung einer Entschädigung an die im Vorbereitungsdienst stehenden Referendare abzusehen zu wollen.“

Diesem Ersuchen, erklärte Lipinski in seiner Rede, ist zugestimmt worden, und in dieser Weise wurde verfahren. Die Mittellosen wurden systematisch vom Verwaltungsdienst ausgeschaltet und die Reichen erhielten ihre Posten auf Grund einer mittelmaßigen Begabung. Um unbedeutende Eindringlinge aber für alle Fälle und absolut sicher auszuschalten, wurden weitere Maßnahmen zur Erschwerung des Vorbereitungsdienstes für die innere Verwaltung getroffen. Lipinski führte aus:

„Durch diese Verordnung war der Weg für die Familienpolitik freigemacht.“

Sie unterschied sich in die Bluts- und in die Bierfamilie (Heiterkeit links). Im Bereich des Ministeriums des Innern waren die Leipziger Korps von Offizieren S. C. (Saxonia, Lusatia, Thuringia), d. h. die Bierfamilie maßgebend, denen die Söhne von einflussreichen sächsischen Familien angehörten. Zwischen dem Korps Saxonia und dem Korps Suevia scheint ein besonderes Kartellverhältnis zu bestehen. In Gesuchen um Zulassung zum Dienst in der inneren Verwaltung wird auf die Korpszugehörigkeit Bezug genommen; auch sonst ist in den Akten die Korpszugehörigkeit erwähnt. Eine große Zahl der amtierenden höheren Staatsbeamten gehören den erwähnten Verbindungen an. Neben dem Adel stellt heute das Korps Saxonia den größten Prozentsatz der sächsischen Amtshauptleute. Die Ältesten in der Verwaltung sorgten für die Unterbreitung ihrer Nachkommen.“

Das waren die „Grundsätze“ der Personalpolitik des alten Regimes. Wie diese Grundsätze in die Tat umgesetzt wurden und welche erbauischen Zustände dabei herauskamen, das zeigen die Enthüllungen des Genossen Lipinski aus den Personalakten, denen wir das folgende entnehmen:

„Unter der Ära des Staatsministers Grafen Bismarck v. Goltz, seit 1913, unterstützt und gefördert vom damaligen Personalreferenten v. Rostk-Wallwitz (jetzt Kreishauptmann in Bauen) und seinen Helfershelfern, hat die Adels- und Beamtenwirtschaft wahre Triumphe gefeiert.“

In der Befugung der Amtshauptmannschaften kommt dies am schärfsten zum Ausdruck. Noch im Jahre 1919 waren von den 29 Amtshauptmannschaften allein 15, also mehr als die Hälfte, mit adeligen Personen besetzt. Die 4 1/2 Millionen zählende Bevölkerung Sachsens besteht aber nicht zur Hälfte aus adeligen Personen. (Lachen und Heiterkeit.)

Es war Tradition, daß die Beamten immer rechtzeitig schon in die Posten der stellvertretenden Amtshauptleute eingeschoben und tüchtige Beamte bürgerlicher Herkunft in die zweite Linie gedrückt wurden. Es war auch Tradition, daß manche Amtshauptmannschaften nur mit adeligen Personen besetzt worden ist. Es wurde auch noch ein Unterschied zwischen altem und neuem Adel gemacht, wie aus einem Schreiben des Staatsministers Grafen Bismarck v. Goltz an den Grafen v. Rostk-Wallwitz, Minister des Königl. Hauses, vom 5. April 1917 hervorgeht. Es lautet:

„Es war Tradition, daß die Beamten immer rechtzeitig schon in die Posten der stellvertretenden Amtshauptleute eingeschoben und tüchtige Beamte bürgerlicher Herkunft in die zweite Linie gedrückt wurden. Es war auch Tradition, daß manche Amtshauptmannschaften nur mit adeligen Personen besetzt worden ist. Es wurde auch noch ein Unterschied zwischen altem und neuem Adel gemacht, wie aus einem Schreiben des Staatsministers Grafen Bismarck v. Goltz an den Grafen v. Rostk-Wallwitz, Minister des Königl. Hauses, vom 5. April 1917 hervorgeht. Es lautet:“

„Wenn ein dem Adelsstande angehörender Verwaltungsbeamter einmal dienstlich einen Mißgriff getan hätte, der jedem anderen Verwaltungsbeamten die Karriere verdirbt hätte, so beilegte ich die Sünde, in seinen Personalakten zu vermerken, daß „der getane Mißgriff ihn“

„durchaus nicht für die Leitung einer Amtshauptmannschaft unfähig mache.“

Gegen das raffiniert gehandhabte System der in Sachsen betriebenen Personalpolitik sind in den letzten Tagen und Wochen von höheren Beamten des Landes schwere Anklagen erhoben worden. Von strebsamen und tüchtigen Beamten ist gegen den Kreishauptmann v. Rostk-Wallwitz in Bauen der schwere Vorwurf erhoben worden,

er habe pflichttreuen und tüchtigen Beamten bewußt jedes Fortkommen unmöglich gemacht (Hört, hört! links), und ihnen das Genick gebrochen. Unter der Ära eines Rostk sei auf Wünsche eines Bürgerlichen niemals Rücksicht genommen worden, besonders dann nicht, wenn ein adeliger Herr, auch wenn dieser dienstjünger war, als Konkurrent aufgetreten sei. Man sei das unschuldige

Opfer der geheimen Dienstberichte und Intrigen des Hrn. v. Rostk geworden.

Unbedingte zuverlässige Gesinnung, kadelose Beherrschung der gesellschaftlichen Formen, Verfehr in den ersten und vornehmsten Kreisen befähigten nach den Qualifikationsrichtern in erster Linie zum Amtshauptmann. Verwandtschaftliche Beziehungen zum Adel, zum Großgrundbesitz, zum Großkapital waren in der Hauptsache bestimmend für die Karriere der höheren Verwaltungsbeamten, vor allem dann, wenn die Betreffenden dabei, wie es wiederholt in den Qualifikationsberichten erwähnt wird, auf das vorteilhafteste durch das

gewinnende Auftreten einer lebenswürdigen distinguierten Frau (Heiterkeit links) unterstützt wurden. Wendungen wie die folgenden finden sich wiederholt:“

„Da auch seine Frau einen recht angenehmen Eindruck macht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß er ein vorzüglicher Amtshauptmann werden wird.“ (Heiterkeit links.)

Zur Illustration der betriebenen Personalpolitik ist kürzlich das Ministerium des Innern aus dem Lande auch auf folgenden Fall aufmerksam gemacht worden, in dem sich die Beförderung zum Amtshauptmann, hinter der verschiedene Rittergutsbesitzer und adelige Familien stehen, auf folgende Beurteilung stützt:

„Er läßt ernstes Fleiß und Streben vermissen, arbeitet mit wenig Erfolg, trägt mangelhaft vor und zeigt Mangel an Energie; seine Frau würde sich aber zur Frau eines Amtshauptmanns in repräsentativer Beziehung ganz gut eignen.“ (Heiterkeit links.) (Hammer des Präsidenten.)

Dieses für Land und Volk schädliche System hat unter dem Ministerialdirektor Dr. Schmidt, der seit 1. September 1918 Vorstand der 1. Abteilung war, fortgewirkt. Er hat es gebildet und unter

Sabotierung der Verordnung vom 21. Dezember 1918 stillschweigend geduldet, daß das Geschick der höheren Beamten weiter in die Hand der Vorbehalten gelegt wurde, die durch keinerlei Rücksicht behindert sein sollten, mündlich über den Beamten zu urteilen, ohne daß der Beamte davon etwas erfährt oder gar in der Lage war, eine Gegenäußerung zu tun. Denn unter dem 21. Dezember 1918 hat das Ministerium folgende Verordnung erlassen:

„Berichte und Äußerungen an vorgelegte Behörden über die dienstliche und außerdienstliche Führung eines Beamten sind künftig vor Abgang diesem Beamten vorzulegen, um ihm Gelegenheit zu geben, sich über die Beurteilung durch keine vorgelegte Behörde zu unterrichten und nach Befinden das zu seiner Entschädigung dienliche geltend zu machen. Der Beamte hat das Recht der Gegenäußerung, die auf keinen Antrag mit einzuberichten ist.“

Zu dieser Verordnung hat sich der Kreishauptmann v. Burgsdorf-Weinzig unter dem 27. März 1919 wie folgt geäußert:

„Ich halte diese Anordnung für außerordentlich bedenklich und für das Verhältnis zwischen dem Vorstande der Behörde und seinen Beamten sehr nachteilig. Bisher war der Vorstand

der Behörde durch keinerlei Rücksichten behindert, keine Ansicht über die dienstliche Führung und Tätigkeit eines Beamten sowie über seine Fähigkeiten und Leistungen offen auszusprechen. Ich kann in keiner Weise anerkennen, daß diese Vorschrift notwendig oder auch nur verteilhaft wäre. Ich muß sie im Gegenteil im dienstlichen Interesse für schädlich, mindestens aber für überflüssig halten. Aus allen diesen Gründen empfehle ich dringend, die fragliche Bestimmung in der Verordnung vom 21. Dezember 1918 oder besser noch die ganze Einrichtung der Dienst- und Beurteilungslisten aufzuheben. Die Vorstände haben es an der Hand, dem Ministerium des Innern ihre Ansicht über einzelne Beamte nach Befinden mündlich auszusprechen. Davon wird der Beamte

in der Regel nichts erfahren und gar nicht in der Lage sein, eine Gegenäußerung zu machen.

Hierzu hat der Ministerialdirektor Dr. Schmidt den damaligen Personalreferenten v. Rostk zur Meinungsäußerung aufgefordert, der sich unter dem 11. April 1919 wie folgt geäußert hat:

„Die Vorstandskanzlei kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die Bedenken, die der Kreishauptmann v. Burgsdorf gegen die Anordnung geltend macht, wonach Bericht und Äußerungen an vorgelegte Behörden über die dienstliche und außerdienstliche Führung eines Beamten diese dem Beamten künftig vor Abgang vorzulegen sind, den Regel auf den Kopf stellen. (Sehr richtig! rechts.) Ob freilich unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Anordnung wird zurückgenommen werden können, steht dahin.“

Aus den Akten ist nicht ersichtlich, daß der Minister des Innern von dieser Angelegenheit Kenntnis erhalten hat. Es ist aber festzustellen, daß seitdem die auf Grund früherer Verordnungen angeordneten Qualifikationsberichte seitens der Kreis- und Amtshauptleute an das Ministerium

nicht mehr erstattet worden sind.

(Hört, hört! links), so daß die Minister seit der Revolution über die Fähigkeit der höheren Beamten vollständig im dunkeln gelassen worden sind.

Auf diese Weise „regierte“ Herr Dr. Schmidt im Interesse seiner Clique. Was sich diese Gesellschaft alles herausnahmt ist aus folgenden Darlegungen Lipinski ersichtlich:

„Unter dem 1. September 1919 ist ein Regierungsrat zum Amtshauptmann ernannt worden, obwohl er nach zwei Urteilen seiner Persönlichkeit nach für das Amt eines Amtshauptmanns nicht geeignet und auch nervenkrank war. (Abg. Dr. Reinhold: Das Gesamtministerium hat ernannt!) Von einem Mitte 1919 ernannten Amtshauptmann heißt es in der Beurteilung:

„Hinreichende Aussicht muß ihn bewahren, minder eilige und weniger interessante Sachen ungebührlich lange liegen zu lassen.“ (Heiterkeit links.)

Ein hinsichtlich seiner Befähigung und Kenntnis gut beurteilter Regierungsassessor wurde unter dem 1. März 1920 durch Verfügung des Ministerialdirektors Dr. Schmidt aus der inneren Verwaltung abgedrückt und als Regierungsassessor in ein Oberverwaltungsamt gesteckt.

Sein Vater ist Stiller.

Dagegen wurde für einen adeligen Herrn mit angeborenem Schwachsinn, der den Staatsdienst wegen Unfähigkeit am 31. Oktober 1920 aufgeben mußte, noch eine Patze gebrochen, indem die erste Abteilung des Ministeriums unter dem 26. April 1921 an das Polizeipräsidium schrieb:

„Der Entschlußung des Polizeipräsidiums bleibt es überlassen, ob bei dieser Gelegenheit das von dem Assessor X. eingereichte Gesuch, das mit beifolgt, berücksichtigt werden könnte.“

Ähnliche Vorgänge führte Lipinski in großer Zahl vor. Dann schloß er seine Rede mit folgenden Ausführungen:

„Ich fasse zusammen: mäßige Begabung, reiche Herkunft, Verknüpfung und eine repräsentable Frau waren die Ecksteine der früheren Personalpolitik. Und es war höchste Zeit, mit ihr gründlich aufzuräumen. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Mit Verordnungen allein ist nichts getan. (Sehr gut! links.) Ein Personalwechsel im Personalamt mußte vorgenommen werden (Erneute Zustimmung links.) und wird weiter vorgenommen werden, um Wandel zu schaffen. Wir liegt es fern, aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß zu ziehen, daß alle höheren Beamten nicht genügend juristische Kenntnisse besitzen. Es ist zu verwundern, daß trotz dieser Personalpolitik so viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Das angewandte System mußte aber zu einer Herabdrückung der Leistungen der Verwaltung führen. (Na, na! rechts.)“

Das muß anders werden.

In die innere Verwaltung soll nur aufgenommen und gefördert werden, wer dazu fähig ist (Zurufe und Bewegung rechts.) und sich vorbehaltlos auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Das ist das Ziel der heutigen Personalpolitik. (Lebhafter Beifall links.)“

Diese Zustände geben ein Spiegelbild des Mißbrauchs, den die herrschende Sippe nicht nur in Sachsen, sondern auch in Preußen und in allen übrigen Ländern des alten Reiches mit ihrer Macht getrieben hat. Wenn in gut konservativen Blättern von der herrlichen Tradition des altpreussischen Beamtentums und von der wunderbaren Ordnung des wilhelminischen Regierungssystems die Rede ist, dann sind diese Zustände gemeint, die Lipinski in seiner Rede so treffend geschildert hat. Nie hat es ein System gegeben, unter dem eine kleine Gruppe von Mächtigen ihre bedeutame Stellung schamloser zum eigenen Vorteil und zugleich zur Unterdrückung des Volkes ausgenutzt hat als im alten Deutschland. Vergewaltigt man sich diese Zustände, dann erkennt man, daß die Opposition der agrarischen und altkonservativen Schichten



gegen die Republik und Demokratie lediglich den unmittelbaren persönlichen und Machtinteressen eines ganz kleinen Kreises dient. Die geistige Bedeutung der Angehörigen dieser Clique wird von ihren führenden Persönlichkeiten selber so niedrig eingeschätzt, daß man es nicht einmal wagt, die üblichen Examensanträge an die Anwärter für die bereitgehaltenen Pfründen zu stellen. Eine adlige Sippe von Biertisch-Kumpen betrachtet die Staatsklippe als ihren erblichen Besitz. Sie hielt die maßgebenden Stellen mit ihren Vertrauensleuten besetzt und garantierte der Sippe auf diese Art eine wichtige politische Machtposition und dem einzelnen ein gedeihliches Fortkommen. Sie machten die Verwaltung zu einem Augustall, und eine rücksichtslose Faust ist notwendig, um ihn auszulieren. Wir wünschen unserem Genossen Lipinski diese rücksichtslose Faust und einen vollen Erfolg.

## Erzbergers Mörder

### Rechtsfragen an den Budapest Polizeichef

Die Budapest Polizeibehörde versucht ihre Beziehungen zu den Mördern Erzbergers abzuleugnen. Jetzt richtet Dr. Steiger in seiner Korrespondenz für das christliche Volk sechs Fragen an den Chef der Budapest Polizei:

1. Ist es der Polizeibehörde in Budapest nicht bekannt, daß die Erzberger-Mörder Wochen hindurch im Hotel „Astoria“ gemohnt haben?

2. Weiß die Polizei auch nichts davon, daß dieselben nach ihrer Entdeckung mit ihrem Gepäck nach Wien übergeführt sind?

3. Haben nicht Budapest Polizeibeamte bei der Verhaftung der Mörder mitgewirkt?

4. Ist der Budapest Polizei nicht bekannt, daß die Mörder nach diesen Waffen bei sich führten, aus der sie die Schüsse auf Erzberger und den Angeordneten Diez abgefeuert hatten?

5. Hat nicht die Budapest Polizei den Verhafteten neue falsche Pässe ausgestellt, die Ihre Unterschrift tragen, Herr Polizeipräsident?

6. Wissen Sie nicht, daß dank Ihrer Mitwirkung der deutsche Polizeibeamte, dessen Tätigkeit in Ungarn im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung erfolgte, nach seiner Meldung von der vorübergehenden Festnahme der Mörder an die Staatsanwaltschaft in Offenburg aus Ungarn ausgewiesen ist?

Herr Dr. Steiger erwartet von dem Budapest Polizeichef eine klare Beantwortung dieser Fragen. Die Antwort wird nicht erfolgen, der Polizeichef wird sich tot wie eine Wanze stellen, denn er hat nichts zu befürchten, da das Schußverbrechen die Reichsverweser nennt, sehr zufrieden ist, wenn die Polizei Nordbrenner unter ihre schützenden Fittiche nimmt.

## Gleitende Löhne

Das Problem der gleitenden Lohnskala, das durch die Verhandlungen im Beamtenauschuß des Reichstages wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt worden ist, wird gegenwärtig im „Vorwärts“ diskutiert. Karl Lindow veröffentlichte dort vor einigen Tagen einen Artikel gegen das System der gleitenden Löhne. Er befürchtet von ihrer Einführung eine Abschwächung der Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und des Interesses der Arbeiter und Angestellten an den Gewerkschaften. Das steht wohl dahinter, wenn er davon spricht, daß durch eine solche Einführung der „geistig zersame Werteschaffer“ zu einem von der Indermaschine regierten „leeren Gelaten“ werden würde. Lindow glaubt ferner, daß durch die gleitende Lohnskala das gegenwärtige Elend verewigt werden könnte.

Es kommt aber bei allen Dingen darauf an, wie man es macht. Lindows sehr schwache Einwände gegen das System der gleitenden Löhne — es liegen sich stärkere Einwendungen machen — werden im heutigen „Vorwärts“ von Kurt Grelling mit Leichtigkeit abgetan durch folgende Darlegungen:

Bei jeder gleitenden Skala muß man zweierlei unterscheiden: den Basislohn und die mit dem Lebenshaltungskosten gleitenden prozentualen Zu- und Abschläge. Beide müssen im Tarif festgelegt sein. Solange der Tarif in Kraft ist, bleibt natürlich der Basislohn und die Berechnungsmethode der Zu- und Abschläge ungeändert. Einer Änderung unterliegt nur der Betrag dieser Zu- und Abschläge, und zwar vollzieht

diese sich automatisch in Anpassung an die Lebenshaltungskosten, ohne daß es dazu besonderer Verhandlungen bedarf. Läuft aber der Vertrag ab, so steht nichts im Wege, beides, den Basislohn und die Berechnungsmethode der Abänderungen, neu festzusetzen. Um sie werden sich also die Kämpfe im Prinzip genau so abspielen, wie heute um den jeweiligen Geldbetrag des Lohnes. Der Unterschied ist aber der, daß eine Lohnerhöhung nicht sofort eine Lebensbewegung nötig macht. Die Parteien werden also mit größerer Ruhe verhandeln und etwaige Rückschlüsse vorbereiten können. Hier bietet sich für den geschickten Gewerkschaftler ausreißend Gelegenheit, für seine Kollegen Vorteile herauszuholen, und diese Vorteile kommen den Arbeitern dann auch wirklich zugute, weil sie nicht sofort durch eine neue Lohnbewegung überholt werden können. Damit entfällt der Einwand, daß die Einführung der gleitenden Skala eine Verewigung des heutigen Elends bedeute.

Grelling selbst erinnert dann an den Einwand, daß sich die Arbeiterkraft gegen die mechanische Anwendung des gleitenden Systems bei sinkenden Preisen, also gegen einen plötzlichen Abbau der Löhne, sträuben würde. Er legt dar, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um einem solchen Sinken der Löhne entgegenzuwirken. Reichsgerichtsrat Zeiler hat im „Reichsarbeitsblatt“ schon vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, man möge dafür sorgen, daß die Verminderung der Löhne nach den Indizes nicht sofort, sondern erst nach einem längeren Zeitraum, etwa nach sechs Monaten, erfolgen dürfe. Die hier angebotene Frage ist in der Tat das ernsthafteste Bedenken gegen die gleitenden Löhne. Aber es sind auch noch andere Mittel möglich, um zu verhindern, daß der durch das Steigen der Löhne gemachte größere Lebenspielraum des Arbeiters durch ein mechanisch eingehendes Ansteigen der Lohnsumme nach Maßgabe sinkender Indizes sofort und in ungeheürlichem Umfang wieder eingeengt wird. Das allerdings wäre die Verewigung des gegenwärtigen Elends. Wir werden auf das gesamte Problem noch eingehend zurückkommen.

## Zum Fall Raehne

Außer dem von uns in der Montag-Abendausgabe schon mitgeteilten Besuch eines Uffiziersredaktors berichtet nun auch das „Berliner Tageblatt“ über die Expedition eines Mitarbeiters nach Schloß Pögow. Da dieser Bericht noch ausführlicher über einen Teil des Waffenarsenals auf Pögow berichtet, seien daraus folgende Stellen wiedergegeben:

„Wald steht man vor dem Gutsinspektor Hauptmann Hellwig. In dem Zimmer, in dem die Unterredung stattfindet, sitzt auch der Richter, der dabei war, als der alte Röhne den Arbeiter Nietert niederschlug. Die Umgebung ist unbehaglich. Der Hauptmann sagt so nebenbei: „Sie sollen nur kommen, die, die etwas von uns wollen.“ Dabei deutet er mit der Hand zu den Wänden. Ueberall liegen, stehen und hängen Armeewaffen, Revolver und Gewehre. „Wir sind gewappnet“, meint er. Alle Menschen, denen man hier begegnet, sind Herrn v. Röhne treu und ergeben. Es sollen alles ehemalige Offiziere sein, die hier als Koloniale den Besatzungsstab von Schloß Pögow bilden. Der junge Herr von Pögow, so meint der Hauptmann dann noch, „der schießt wohl am meisten.“

Von seinen Taten scheint man begeistert zu sein. Von irgendwelchem Schuldgefühl ist hier bei diesen Leuten keine Spur. Dann meint der Hauptmann noch: „Hier legen sie alle, daß es dem Arbeiter Nietert ganz recht gehehe, wenn er fürbe. Wer uns in den Weg kommt, den schießen wir gleich über den Haufen. An Waffen mangelt es nicht.“ Fürwahr, der Besucher ist davon überzeugt. An Waffen mangelt es hier nicht. Beim Abschied sagte der Hauptmann: „Unser Herr v. Röhne ist nicht verhaftet. Der sitzt ganz ruhig in seinem Schloß. Niemand wird daran denken, ihn zu verhaften.“

Mit einem Besatzungsstab von ehemaligen Offizieren und einem ganzen Arsenal von Armeewaffen trotz man also auf Pögow den Behörden! Das kann allerdings auch aus einem anderen Grunde nicht schwer fallen: Die Behörden wagen ja gar nicht, etwas Ernstliches zu unternehmen. Das zuständige Amtsgericht befindet sich noch immer in „Erwägungen“ darüber, ob der ausgesprochene Haftbefehl ausgeführt werden soll. Gibt es denn gar keine Möglichkeiten, diesen jaumfellen, mit der Gebuld der Bevölkerung spielenden Richtern etwas den Geist zu schärfen, daß die „Erwägungen“ schneller vorstatten gehen?

Seelengröße eines Marx, Engels, Jaurès, Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, einer Luxemburg, eines Christus, eines Buddha gegenüberstehend dem verkörperten Egoismus der heutigen und der vergangenen Zeit, usw. Das sind Stoffe, die größere Wirkungen auslösen. Mit dem im Zoo inszenierten Kummel läßt sich die reaktionäre Festung der Massen nicht beweisen, wohl aber die Tatsache, daß die Absicht besteht, auch durch den Film die Republik zu unterwerfen.

Der Film „Friedrich Rex“ ist mit nationalitätlichen Mitteln in Szene gesetzt. Die Deutlich arbeitet mit Aital der Sämerindustrie im gleichen Sinne. Antisozialistische Propaganda wird in unzähligen Variationen im Film getrieben. Eine neue Fabrikation nationalitätlicher Richtung beginnt dieses Frühjahr mit der Kolanlage, der die ganze „teutsche Geschichte“ folgen soll. Lubendorff wird in Verbindung mit diesem Unternehmen genannt.

Wenn alle sozialistischen Organisationen in einer Filmaktion vereint auftreten, können wir den filmistischen Reaktionen das von ihnen beabsichtigte Wirkungsfeld zu 60 Prozent entziehen.

So wie man uns in den Schulen vorwirft, wir tragen die Politik hinein, weil wir die darin vermurkelte imperialistische Politik hinauswerfen, so soll man uns damit nicht kommen, daß wir die Politik in das Kino tragen.

Unsere Weltanschauung hat man im Film verboten, reaktionär militaristische Politik unter dem fadenheimigen geschichtlichen wissenschaftlichen Deckmantel gestattet man aber im Film.

Unter diesen Umständen ist es unsere Pflicht, die Kraft, die uns innewohnt, zu gebrauchen, um mit der gleichen Waffe unseren Gegnern zu begegnen.

Der praktischen Durchführung stehen weit geringere Schwierigkeiten entgegen, als unsere Führerkreise meinen.

Martin Berger

## Filmschau

Wer Strindberg auf die Leinwand bringt, hat keine Ahnung von keinem Wesen oder keine vom Wesen des Films oder keine von beiden. Das „Fräulein Julie“ wird nur durch die Namen der Bearbeiter Jung und Uggis, die guten Klang im Reich des Films haben, dann bewahrt, in die letzte Ordnung eingereiht zu werden. Die Schuld am Mißgriff trägt Alfa Nielsen, die sich damals verheißt hatte, Strindbergs Julie zu verkörpern, ohne zu bedenken, daß — was diesen Dichter bewegt, sich nirgendwo in Bildwirkungen äußert! Es klammert sich einzig und allein an Worte, an ein Vibrieren des Tons, der aus jerrigener Brust quillt und quakender Menschen hervorbricht, an eine unheimliche Färbung des Stimmklangs, wenn er von erkünsteltem Haß und gewalttätig zurückgedämmter Liebe zittert! Da also eine Film-Julie eben nicht von Strindberg sein kann, wird sie zu einer jener Tugendaktiven, die sich ihren Charakteren an den Hals werfen, was ihnen aber noch lange nicht die Weihe verleiht, durch die sie erst befähigt würden, unser Interesse zu erregen. Eine alltägliche Julie erinnert uns auch in der Gestaltung durch die immer noch

## Die Lage in Mitteldeutschland

### Verhandlungen unter Führung des Arbeitsministeriums

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 21. Februar.

Die Streikfrage im Mansfelder Kupfererzbergbau, wo sich bekanntlich etwa 20 000 Berg- und Hüttenarbeiter im Streik befinden, ist unverändert. Die Direktion der Mansfelder Syndikat-A.G. hat sich an das Reichsarbeitsministerium gewandt zwecks Schlichtung der Differenzen. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin die Organisationen für heute nachmittags nach dem Oberbergamt in Halle zu Einigungsverhandlungen geladen und die Parteien gebeten, Beisther für einen eventuell in Aktion tretenden Schlichtungsausschuß zu wählen. Die Sache der Bergarbeiter steht außerordentlich günstig, da die Arbeitswiederlegung geschlossen erfolgt ist.

Auf der Konferenz der Braunkohlearbeiter in Leipzig, über welche wir im gestrigen Abendblatt bereits kurz berichteten, wurde erklärt, daß die Vermittlungskommission des A. D. G. B. sowie die anderen schwebenden Verhandlungen abgewartet werden sollen, aber nur dann, wenn diese Verhandlungen mit größter Beschleunigung geführt werden. Allgemein kam zum Ausdruck, daß für den Fall einer Ablehnung der Verhandlungen unter allen Umständen der Kampfaufzug zu nehmen sei. Es ist also im Braunkohlenbergbau zunächst eine Atempause eingetreten. Durch diese Entschliebung ist die Situation in Mitteldeutschland soweit geklärt, daß der Streik zunächst auf die 20 000 Arbeiter des Mansfelder Erzbergbaues beschränkt bleibt. Die Braunkohlenbergwerke werden bis auf weiteres im Betrieb bleiben.

### Stellungnahme der Metallarbeiter und Holzarbeiter

Eine von Tausenden von Mitgliedern besuchte Metallarbeiterversammlung in Halle beschloß gestern abend nach Vortrag des Berichterstatters über die stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen, das Angebot der Unternehmer als ungenügend zu betrachten. Einstimmig wurde der Schiedspruch abgelehnt und beschloffen, noch zum letzten Mal zu versuchen, durch Schlichtungsausschuß oder freie Vereinbarung den gestellten Forderungen nahe zu kommen. Sollte bis Donnerstag eine befriedigende Lösung nicht gefunden werden, tritt die halleische Metallarbeiterschaft in den Streik.

Einen gleichen Beschluß faßte eine Holzarbeiterversammlung für die in der halleischen Metallindustrie beschäftigten Holzarbeiter.

## Kirche und Staat

Zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbevölkerung hat das preussische Staatsministerium dem Staatsrate einen Entwurf zugehen lassen, der die Fragen gleichmäßig regeln will. In Zukunft soll der Staat für die Pfarrbevölkerung erst eintreten, nachdem die Kirchen die ihnen zu Gebote stehenden Quellen (das lokale Pfarr- und Kirchengeld, die kirchliche Steuerkraft) bis zum Ausreizen angepannt und ausgenutzt haben. Eine volle Ausnutzung ist gegenwärtig nicht möglich, sie soll durch den Entwurf ermöglicht werden, auch gegen den Willen der Kirchengemeinden. Der Entwurf regelt auch das bestehende Pfändensystem neu und läßt die Pfändensachen der Allgemeinheit zugute kommen. Diese Neuregelung soll vom 1. April d. Js. erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf die Dienstbezüge der kirchlichen Befoldungsordnung wird den Geistlichen auch jetzt nicht eingeräumt; diese Frage soll erst später entschieden werden.

## Der Dollar 230

Die Börse zeigt heute eine vorwiegend schwächere Haltung, war aber nach dem Erstkurs wieder befestigt.

Die fremden Devisen waren: Dollar Kabel 230, London 1020 zu 1010, Holland 8830 zu 8825, Rumänien 170, polnische Noten 6,5, österreichische Noten 3,60.

## Der Film am Dienstag

### Der Film als politisches Kampfmittel

Führende Genossen haben sich immer bemüht, neben politischer und gewerkschaftlicher Aufklärung auch Wissen und Erkenntnis in die Massen zu tragen. Leider waren die Organisationen aber, die Autorität den Massen gegenüber und finanzielle Mittel besitzen, stets zu sehr überlastet, als daß sie genügend kraftfähig diese Bestrebungen unterstützen hätten. So kam es, daß die Revolution ein Proletariat vorand, das seiner Aufgabe nicht gewachsen war.

Ein Mittel allerersten Ranges, Erkenntnis und Empfinden in die Massen zu tragen, ist der Film. Gerade er ist es aber, dem wir als organisierte Masse absolut ferngeblieben sind. Die meisten Versuche, ihn in unserem Sinne auszuwerten, sind negativ verlaufen.

Alle Warnrufe schlug man in den Wind, und die Wenigen, die für den proletarischen Film kämpften, können es heute ihren politischen Gegnern danken, daß angesichts des täglichen und öffentlichen „Friedrichs-Standals“, den wir jetzt erleben, den sozialistischen Organisationen die Augen aufgehen.

Es ist für die fernere Stellungnahme des Proletariats dem Film gegenüber gleichgültig, ob dieser Film, als solcher, die Grenzen überschreitet, die ihm durch das Zensurgefetz gezogen sind. Es wäre damit höchstens bewiesen, daß auch diese Behörde (Zensur) reaktionär orientiert ist. Es ist für uns auch gleichgültig, ob eine Regie im Zuschauertraum bei jeder Vorstellung den reaktionären Kummel inszeniert, also der Film erst hierdurch zu dem Standsobjekt gemacht wird.

Die Tatsache dieses Standals ist es, die uns zu aktivem Handeln endlich zwingen muß.

In den Kreisen unserer führenden Genossen kann man sich gewiß nur schwer ein Bild von der Wirkung solcher Filme auf die Massen machen. Wenn sie aber bei den Klängen der alten Militärmärschen, dem Firtelanz und Drill des Militarismus, der da im Bilde vorbeizieht und dem inszenierten, die Massen anstehenden Hurrapatriotismus die Besucher solcher Vorstellungen sehen würden, dann käme es ihnen mit erschreckender Deutlichkeit zum Bewußtsein, daß hier mit dem primitiven Denk- und Empfindungsvermögen des Volkes Schindlader getrieben wird.

Es ist psychologisch falsch, wenn dem gegenüber behauptet wird, diese Massen empfinden monarchistisch, diese Menschen fühlen militaristisch und erkennen den Militarismus als einziges Rettungsmittel der Menschheit an.

Mit diametral entgegengesetzten Worten im Film sind dieselben, sogar größere Wirkungen zu erzielen. Zum Beispiel: Der gigantische Kampf des Proletariats in seinem ganzen Martyrium gegen die vereinten Mächte des Militarismus, Kapitalismus und Kirche mit seinem von Stufe zu Stufe vorwärts drängenden Siege unter den Klängen unserer Märsche. Die Schmach des Menschentums, der organisierte Mord mit all seinen Qualen dem gestitteten Leben gegenübergestellt. Die

unüberhörte Alfa Nielsen nicht. Erst recht kalt läßt uns der listige Bauerndurch des Films, wenn wir ihn an seinem Urdild messen, an jenem fetten, hochherrschaflichen Lafal Jean, dessen brutale Ueberlegenheit in jeder Situation spürbar wird, nur dann nicht, wenn die Klingel des Haustelephons ertönt und er unter der Stimme des Herrn zusammenwinkt. Der alte Aristokrat wieder steht beim Zusammenrücken und Stämmeln des Dieners so selbstsüchtig vor uns, daß wir ihn kennen, ohne daß ihn Strindberg auch nur einmal auf die Szene bringt. Fremd dagegen bleibt uns der Graf des Films, obwohl er uns immer wieder durch ideolesen sich im Sattel und durch schneidigen Ritt von seiner Existenz zu überzeugen sucht. Da nur aber fast die gesamte Filmkritik durch die „literarischen“ Ambitionen des Kientopps sich schmelmelt fühlt und auch die letzte Schandung eines Klaffers als Großtat bejubelt, müssen wir leider mit weiteren Vergewaltigungsfeldzügen des Films gegen ein Gebiet rechnen, das zu kultivieren er nicht berufen ist. Um so mehr müssen wir damit rechnen, als die heutige Theaterkunst — wohl als Revanche — das dem Film gehörige Gebiet beherrscht und die Bretter, die die Welt bedeuten, zum Kientopprummel macht, der für ein heute zahlungsfähiges Publikum die einzige verdauliche geistige Nahrung bedeutet.

Der zweite Nielsen-Film: „Brigantennache“ (im H. T. Kollendorfsplatz) — ebenfalls von Jung und Uggis bearbeitet — entnahm seinen Stoff angeblich einer neueren Novelle. In Wirklichkeit ist er ein Gemisch von abgeschlapperten Motiven aus alten Räuberromanen, wie sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts, nach Erscheinen des „Rinaldo Rinaldini“, den Literaturmarkt überschwemmten. Da also keine Wirkungsmittel so verbraucht sind, daß sie heute keine Spannung mehr auslösen können, der Film außerdem nicht so geschickt aufgebaut ist wie jene Schundromane, ist das einzige, was es im Zuschauer noch auslöst, eine fürchterliche Langeweile. Es soll der Alfa Nielsen nicht vorgeworfen werden, daß sie sich in einer kläglichen Handlung nicht auswirken kann, sondern nur, daß sie sich an so minderwertiges Zeug wagt. Denn wenn jemand von unseren „Diven“ für die Drogenprodukte des Films aufhabe ist, dann ist sie es!

Und neben ihr nur noch eine: Henny Porten! Auch mit dieser Frau wird Mißbrauch getrieben. Im letzten Schmarren: „Franzose“ (im Rosarisaal) opfert sie sich so: Ihr Gatte, ein Maler, ist in der Lage, frei von Sorgen zu schaffen, denn die Geldbedürfnisse eines Mannes, der ihm die Bilder abkauft, laufen regelmäßig ein. Der Mann, ein älterer Graf, meint mit seinem Rügenentum aber weniger die Kunst als die schöne Frau, und da diese sich ihm verweigert, droht er, dem Maler zu erklären, er hätte die Bilder niemals der Bilder wegen gekauft, nur der Wunsch, die begehrte Frau in Wohlstand zu wissen, hätte ihn veranlaßt, das Geld herzugeben. Vor dieser Enthüllung will die Frau ihren geliebten Maler bewahren. Aber warum denn bloß? Es muß doch jedem Maler schnuppe sein, was verschiedene Trottel sich dabei denken, wenn sie seine Arbeiten kaufen und ansüßig bezahlen! Kurz, die Frau will nun mal von ihrem Mann eine Ehrenkränkung fernhalten, und die erpart sie ihm natürlich am besten dadurch, daß sie, der Forderung des Grafen entsprechend,



# Die internationale Wirtschaftskrise

## Sechstagerrennen

### Loucheur gegen Amerika

Paris, 21. Februar.

Der ehemalige Wiederaufbauminister Loucheur hielt gestern in Lyon vor einer Vereinigung von Industriellen, Kaufleuten und Landwirten eine Rede über die wirtschaftliche Krise. Er sagte, die Nationen, deren Wirtschaftsleben der Krieg beeinträchtigt habe, lüchten nach einem Ausgleich. England habe die Lage dadurch verschärft, daß es Frankreich sehr lange teure Kohlen verkauft habe. Dadurch habe es nicht nur den Unterhalt und die Löhne, sondern auch die Erzeugnisse der Industrie verteuert. Da Rubel, Mark und Krone ihre Kaufkraft verloren hätten, seien heute Rußland, Oesterreich und Deutschland mit ihren 200 Millionen Einwohnern von der Wirtschaftskrise Europas ausgegriffen. Das bedeute natürlich das Verschwinden des Gleichgewichts in der Handelsbilanz. Das Mittel gegen diese Krise sieht Loucheur in der annähernden Gleichheit der Produktions- und der Konsumtionsziffern. In England habe man brutal die Produktion herabsetzen wollen. Dadurch habe man 2 Millionen Arbeitslose geschaffen und den nationalen Reichtum herabgemindert. Alle diese Probleme beschäftigen die Staatsmänner, die an der nächsten Konferenz von Genoa teilnehmen würden. Es sei ganz gut, mit dem Gegner zu verhandeln. Man lerne keine Absichten und auch keine Ziele kennen. Aus diesem Grunde habe er im vorigen Jahre mit den Delegierten Deutschlands verhandelt. Aus diesem Grunde könne man auch mit Rußland verhandeln. Man könne allerdings keine zu plötzliche Rückkehr zu der Vorkriegszeit wünschen.

Loucheur sprach alsdann von der Reparationsfrage. Er sei ein Mann der Realisierungen. Deutschland, das kein Geld habe, könne nur dann bezahlen, wenn es die Produkte seiner Industrie ausführen könne. Deshalb habe er geglaubt, daß Deutschland Rohmaterialien und fabriizierte Produkte liefern könne, um am Wiederaufbau mitzuwirken. Er habe eines Tages Lord George vorgeschlagen, auf einen Teil der Forderung an Deutschland zu verzichten, wenn England auf seine Forderung an Frankreich verzichte. Lord George schien geneigt zu sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, aber unter der Bedingung, daß sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika auch so gegenüber England verhielten. Das Parlament der Vereinigten Staaten habe diese Kombination abgelehnt. Er danke den Amerikanern, daß sie gekommen seien, um den Krieg mitzumachen. Über etwas weniger danke er ihnen für den Frieden, den sie Europa beschert hätten. Frankreich könne nicht bankrott machen. Die Lösung der finanziellen Schwierigkeiten in Frankreich sieht Loucheur in der Herabminderung des Zinsfußes. Der Diskont müsse auf 3 Prozent zurückgeführt werden. Vom Jahre 1921 ab müsse alsdann auch der Zinsfuß der französischen Rente herabgesetzt werden.

### Vorkonferenz der Kleinen Entente

E. C. Paris, 21. Februar.

Der Korrespondent des „Matin“ in Belgien meldet, die Vorkonferenz der Kleinen Entente zur Vorbereitung der Konferenz von Genoa werde am 4. März in Belgien stattfinden.

### Deutsch-französische Friedensarbeit

#### Ein Aufruf zur Verständigung

Das Zentralkomitee der Französischen Liga für Menschenrechte (Paris) und die Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland) haben an die Demokratien beider Völker einen gemeinsamen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erachten sie folgendes als erforderlich:

1. Deutschland muß sich nicht nur juristisch, sondern auch moralisch verpflichtet fühlen, die Schäden wieder gutzumachen, die Frankreich durch den deutschen Einfall erlitten hat, und Deutschland muß dafür sorgen, daß zu diesem Zweck den begüterten Klassen die notwendigen Opfer auferlegt werden. Frankreich seinerseits darf sich der Wiedergutmachung in Sachleistungen nicht widersetzen, die das Wohlhabender Einkommen und die Arbeiterorganisationen beider Länder vorgeschlagen haben.

2. Um das gegenseitige Mißtrauen zwischen beiden Völkern zu beseitigen, muß Deutschland den vertriebenen Widerstand gegen die Entwaffnung brechen und diese in langsamer Weise durchführen, so daß in Zukunft kein Zweifel mehr über ihre Durchführung bestehen kann. Frankreich aber muß, wenn ihm damit Sicherheit geschaffen, selbst auch abzurufen und damit die Wiedervereinigung herbeiführen.

3. Im Interesse der menschlichen Zivilisation müssen die gegenseitigen Beziehungen nicht nur zwischen dem Proletariat, der Industrie, dem Handel der beiden Völker wieder aufleben, sondern auch zwischen den Trägern von Wissenschaft und Kunst.

4. Um die Verantwortlichkeit am Kriege entscheidend festzustellen, müssen sämtliche Regierungen rückhaltlos ihre Archive öffnen; unabhängige und unparteiische Personen müssen damit beauftragt werden, die Dokumente gegen einander abzumessen, damit das hierdurch aufgeküllte Weltgewissen den Urteil fälle.

Endlich und vor allem muß das deutsche und französische Volk erkennen, daß die wahrhaftige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ein Völkerverbund ist, der nicht von den Regierungen, sondern aus den Völkern gebildet wird, und Frankreich muß sich damit einverstanden erklären, daß ein demokratisches Deutschland in diesen Völkerverbund aufgenommen wird.“

Die beiden genannten Organisationen verpflichten sich, von nun ab gemeinsam zu arbeiten und jede in ihrem Lande gegen den Geist der Gewalt und für die Wiedervereinigung beider Länder zu kämpfen. Der Aufruf trägt von französischer und von deutscher Seite die Unterschriften namhafter Politiker, Gelehrten, Schriftsteller usw.

### Der Kampf um Genoa

London, 21. Februar.

Lord George teilte gestern im Unterhause mit, daß der Zeitpunkt der Zusammenkunft in Genoa, wie er in Cannes festgesetzt worden sei, bis jetzt nicht abgeändert wurde. Diese Frage hänge in der Hauptsache von der Bildung einer neuen italienischen Regierung ab.

Neuer erzählt von amtlicher Seite, daß weder in britischen noch in italienischen amtlichen Kreisen irgend etwas von einer Verschiebung der Konferenz von Genoa bekannt ist. Kein Vorschlag dieser Art sei gemacht worden und soweit der Premierminister in Betracht komme, sei er bereit, wie in Cannes vereinbart, sich am 8. März nach Genoa zu begeben.

Laut „Daily Telegraph“ ist man in britischen Kreisen höchst erstaunt darüber, daß von Paris weiterhin in inspirierten Berichten erzählt wird, daß die britische Regierung es ablehne, in den Verhandlungen fortzufahren, und daß sie nicht einmal auf die Mitteilungen aus Paris antwortete. Tatsächlich habe die von Lord Curzon dem französischen Vorkonferenz etwa Mitte der vorigen Woche übermittelte Mitteilung vom Wesen nach eine wirkliche Note dargestellt. Sie lege in klarer Weise die Ansicht der britischen Regierung über den Charakter und die Zusammenlegung der Konferenz der alliierten Sachverständigen dar. Desgleichen sei darin auseinandergesetzt worden, weshalb die britische Regierung der Ansicht sei, daß die zahlreichen von Poincaré in seinem Memorandum zur Sprache gebrachten Punkte besser in direkter Erörterung als durch Noten behandelt würden.

### Der Faschistenterror in Fiume

Aus Fiume treffen täglich neue Meldungen über die Gewalttaten der Faschisten ein. Weil zwei faschistische Straßenbahnen entlassen wurden, haben die Faschisten die Einstellung des gesamten Straßenbahnverkehrs erzwungen. Die Faschisten veranstalteten eine antijugoslawische Demonstration, bei der auf dem Danterplatz eine jugoslawische Fahne verbrannt wurde. Die katholische Volkspartei von Fiume wandte sich an die italienische Regierung mit einem Telegramm, in dem sie die Vorkonferenz als planmäßige Anarchie bewaffneter Banden gegen die rechtmäßige Regierung von Fiume bezeichnet, und gegen die italienischen Behörden den Vorwurf erhebt, nicht mit der notwendigen Energie gegen die faschistischen Antriebe aufzutreten zu sein. Der Verband der Südslawen von Fiume hat die Belaraber Regierung um die Entsendung von Truppen zur Entwaffnung der Faschisten ersucht.

Neue Revolution in Portugal. Nachdem bereits gestern Nachrichten eingelaufen waren, daß die Regierung von Lissabon in Erwartung einer neuen Revolution sich in das bewaffnete Lager begeben und gleichzeitig die Truppen unter Waffen gerufen habe, wird heute mitgeteilt, daß die Regierung aus Lissabon geflüchtet sei.

Im Sportpalast findet jetzt ein Sechstagerrennen statt, und die Zeitungen berichten so ausführlich darüber, daß man gar nicht erst hinzugehen braucht.

Es scheint eine großartige Sache zu sein. Man stelle sich vor: sechs Tage radeln Menschen ohne Unterbrechung. Hundertvierundvierzig Stunden. Jeder Fahrer besteht dabei eigentlich aus zwei Personen, die einander abwechseln. Wenn der eine nicht weiter kann, kommt der andere dran.

Die Bahn ist hundertundfünfzig Meter lang. Auf diesen hundertundfünfzig Metern rasen die Leute also immer herum, Tag und Nacht. Täglich sind bei 650 Kilometer an einem Tag gefahren.

Das ist ungefähr so weit wie von Berlin nach Danzig. Wenn ich Rennfahrer wäre, würde ich lieber nach Danzig fahren. Der Weg ist abwechslungsreicher als der Sportpalast, und Danzig ist eine hübsche Stadt. Und bei dem hohen Eisenbahnpreisen könnte man eine Menge Geld ohne viel Zeitverlust sparen.

Die Zuschauer würden dabei allerdings nicht auf ihre Rechnung kommen. Aber wäre ihr Heroismus nicht einer besseren Sache würdig? Die Rennfahrer bekommen wenigstens noch Geld für ihre Leistungen, die Zuschauer müssen noch etwas bezahlen, damit sie sich den Strapazen eines sechstägigen Hin- und Hergehens erlauben.

Sie tun es gern. Ja, sie bezahlen sogar noch mehr als von ihnen verlangt wird. Wenn ihnen die Geschichte ein bißchen langweilig wird, küssen sie nämlich die Füße. Einer küssete ein Zwanzigmarkstück, ein anderer sogar 200 Mark.

Dabei fällt mir ein: könnte man nicht ein paar Referenten aus dem Reichsfinanzministerium im Sportpalast radelfahren lassen? Die Leute zahlen ja so gern, man muß sie nur in Begeisterung versetzen. Schnapsbuden aufsuchen, Musik anhören und von Zeit zu Zeit „Schiebung“ rufen lassen.

Kuno Kalchauer

### Ein Raummeter Brennholz 380 Mark!

Der Winter ist noch nicht vorbei. Von den vielen Tausenden, die keine Hausbrandheize haben, wurde das Tagewort „raubig“ geprägt, aber der März kann noch sehr kalte Tage und abermalige Heizverlegenheiten bringen. Der Heizpreis ist ja mit dem bekannten fest schon automatisch Einbruch wieder erhöht worden auf 385 M. für den Zentner feier Kessel, also werden wohl die berühmten Heizungsheizungen für kurze Zeit aufhören. Mit dem zugewiesenen Kohlenquantum allein ist bei der letzten strengen Kälte wohl niemand angekommen. Wer keine Holzverräte im Keller hatte und Holz kaufen wollte, ließ aber nun auf die unvorstellbare Ausnutzung der Adickonjunktur. Noch gegenwärtig werden für den Raummeter brauchbaren Brennholzes nicht weniger als 380 M. gefordert. Das zu bezahlen, ist der überwiegende Teil der Groß-Berliner Bevölkerung nicht in der Lage. Im Sommer wurden für den Raummeter rund 150 M. verlangt. Demnach ist der Preis um über 150 Prozent gestiegen! Dabei handelt es sich um die Spekulation auf einen kalten Winter und eine rechtzeitige Ausbeutung der Adickonjunktur. Noch gegenwärtig werden für den Raummeter brauchbaren Brennholzes nicht weniger als 380 M. gefordert. Das zu bezahlen, ist der überwiegende Teil der Groß-Berliner Bevölkerung nicht in der Lage. Im Sommer wurden für den Raummeter rund 150 M. verlangt. Demnach ist der Preis um über 150 Prozent gestiegen! Dabei handelt es sich um die Spekulation auf einen kalten Winter und eine rechtzeitige Ausbeutung der Adickonjunktur. Noch gegenwärtig werden für den Raummeter brauchbaren Brennholzes nicht weniger als 380 M. gefordert. Das zu bezahlen, ist der überwiegende Teil der Groß-Berliner Bevölkerung nicht in der Lage. Im Sommer wurden für den Raummeter rund 150 M. verlangt. Demnach ist der Preis um über 150 Prozent gestiegen! Dabei handelt es sich um die Spekulation auf einen kalten Winter und eine rechtzeitige Ausbeutung der Adickonjunktur.

### Erfüllt die Sarottifabrik die Schadenersatzpflicht?

Die Auszahlung der Entschädigungsummen seitens der Direktion an die durch den Brand geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist zum Teil durchgeführt. Ein Teil der Geschädigten hat die Annahme der notwendigen Entschädigung abgelehnt weil — wie aus mündlichen Mitteilungen — der Betrag zu gering ist gegenüber dem entstandenen Schaden. Die Direktion der „Sarotti“ hat sich „bereit“ erklärt, nur 60 Prozent des nachweisbaren Schadens zu ersetzen. Die Schuld an dem Schaden ist durch die Leichtfertigkeit der Betriebsleitung verursacht worden, trotzdem bietet man den Arbeitern Almosen statt Ersatz. Die Bedingung, 60 Prozent des nachweisbaren Schadens zu ersetzen, ist sehr schwer auszuföhren, denn erheben sie nicht jeder gegen Feuersgefahr versichert, auch wird sich keiner der Arbeitnehmer von einer Vertrauensperson bescheinigen lassen können, welche Beschädigung er mit in die Fabrik hineingebracht hat. Es hätte der finanziell so gut habenden Firma wirklich nicht wehe getan, wenn sie statt einer Million den zwei oder etwas mehr angebotenen hätte, um die Geschädigten voll zu befriedigen. Daß die Geschädigten mit der erhaltene Entschädigungsummen den erlittenen Schaden decken können, wird niemand behaupten wollen, und will auch die Firma nicht, darum zahlt sie auch nur 60 Prozent des Schadens. Die Gewerkschaften haben bei ihrer Unterstützung in diesem Fall aus Treue und Glauben gehandelt. Für die Firma „Sarotti“ ist es nicht sehr schmeichelhaft, wenn die Gemeindefunktionäre ermahnen, um durch Unterstützung der Geschädigten den durch den Brand zugefügten Schaden etwas zu mindern. Soweit dazwischen es jedenfalls nicht kommen, daß die Arbeiterklasse im Lande sammeln muß, um den Geschädigten zu Hilfe zu kommen.

Von Ratten angefallen. In der Nacht vom 18. zum 19. Februar wurde im Haus Dunderstraße 70 der 12jährige Sohn des Rigarrenhändlers H., der in der Küche schlief, im Schlaf von Ratten angefallen. Im Gesicht unterhalb des linken Auges befinden sich zwei tiefe Bisswunden und am Hinterkopf ist ein Stück herausgerissen. Es etwas sollte man in Berlin nicht für möglich halten, es wäre auch fähig unmaßig, wenn der Hausbesitzer seine Pflicht zur Rattenbekämpfung erfüllen würde.

Fahrpreiserhöhungen für Fremdwanderer und Urkinder. Der Vorstand des Bundes einflussreicher Schulreformer (Ver. Verb. Groß-Berlin) richtet an alle Lehrer, Eltern- und Jugendverbände die Aufforderung, sich mit ihm in dem Bemühen zu vereinigen, die Aufrechterhaltung und Ausbebung des Jugend- und Urlaubswanderers dadurch zu ermöglichen, daß die Eisenbahnbehörden veranlaßt werden, für die Jugendwanderer in einem bestimmten Turnus und für Wandererfahrkarten während des jährlichen Berufsurlaubes stark Fahrpreisermäßigungen zuzugestehen. Kein festliches Gleichgewicht könnte hinwegnehmen über die Zerrüttung der Volksgesundheit! Der Vorstand ruft auch die Behörden der Landkreise und Städte und gemeinnützigen Gesellschaften auf, für die sich ausweisenden

in dessen Bett steigt. Doch halt — in diesem Bett geschieht nichts Böses, denn bevor es dazu kommt, erstickt sich die Frau. Hätte sie das nicht auch zuhause tun können, ohne ins Schloß des Grafen zu laufen? Es ist für Erreichung ihres eigentlichen Ziels, nämlich: den Grafen am Blaudern zu hindern, nicht notwendig, daß sie in ihrem eigenen Bett, noch viel weniger notwendig, daß sie im fremden Bett sitzt, denn in beiden Fällen bleibt der Graf am Leben, und der kann dann reden, wann es ihm paßt. Und wenn er's tun wird, dann wird's dem Maler eine „Chrenkränkung“ bereiten, daß seine Frau dem Grafen erlegen wäre, nicht aber, daß der Graf sich beim Kauf von Bildern zünftige Gedanken gemacht hätte.

Das Bild: Kammermusik. Im 13. Februar beginnt in den Opern- und Konzertsälen eine Kammermusikwoche, in der alle deutschen Sinfonikerwerke in der Reihenfolge ihrer Entstehung gespielt werden.

### Vollsymphoniekonzerte im Großen Schauspielhaus

Uns wird geschrieben: Ein neues Konzertunternehmen kann bei dem heutigen Ueberangebot an musikalischen Veranstaltungen nur durch den tatsächlichen Erfolg sein Daseinsrecht behaupten; Aussicht auf Erfolg hat es nur, sofern dem heutigen geschäftlich erhaltenden Musikbetrieb lebendige Kraftquellen erschlossen werden, sei es durch Förderung neuer künstlerischer Werte oder durch Einführung neuer soziologischer Gesichtspunkte.

Um die planmäßige Schaffung einer neuen Konsumenten-gemeinschaft soll sich in den geplanten Vollsymphoniekonzerten des Großen Schauspielhauses handeln, deren erstes diesen Sonntag stattfindet. Das heißt erstens, Heranbildung eines bestimmten Konsumentenkreises für diese Konzerte, und zu diesem Zweck; zweitens, Gestaltung der Konzerte nach dem Bedürfnis eben dieses bestimmten Kreises. Also drittens: Organisation des Publikums, unter möglichster Ausschaltung des heute noch vorherrschenden Momentes des Gelegenheits, ständlich Zufälligen; und zweitens: Aufstellung des künstlerischen Programms der Konzerte in Hinblick auf dieses ihr gesellschaftliche Ziel. Mit einem Wort: das Publikum und seine Konsumenten — oder: die Konzerte und ihr Publikum — sollen ein Ganzes, eine Einheit bilden. Mit einem anderen Wort: der Vollsymphoniekonzerte soll (nebenbei bemerkt, nicht zum erstenmal) auf die Verhältnisse der Musik übertragen werden.

Das Problem der Vollsymphoniekonzerte ist zunächst ein wirtschaftliches. Unter dem Druck der Lebensverhältnisse verringert sich, man kann beinahe sagen, von Monat zu Monat die Zahl der materiell Gelegeneten, die sich noch den Besuch eines regulären Orchesterkonzertes gestatten können. Auf der anderen Seite sind die Preise der großstädtischen Bevölkerung zu neuen Lebensverhältnissen erwacht und verlangen ihren Teil an allen kulturellen und geistigen Gütern. Die einen, vom Sturz der deutschen Wirtschaft mit hinabgerissen, und die anderen, von der sozialen Revolution emporgetragen, verbindet die Forderung, die nie gebietlicher

als heute erklang: Dem Volk hochwertige Kunst für geringstes Entgelt.

Die räumlichen Verhältnisse des Großen Schauspielhauses werden durch zweckmäßige Organisation des Publikums vervollständigt. Wenn durch mehrmalige Wiederholung eines Konzertes der Kostenaufwand, den die vorbereitende Arbeit erfordert, wirtschaftlich ausgeglichen wird (nach dem Grundsatz, ohne den kein Theater der Welt bestehen könnte); nur so läßt sich Verbilligung der Konzerte und ebendieser Steigerung ihrer künstlerischen Leistungsfähigkeit erreichen.

Das künstlerische Problem der Vollsymphoniekonzerte heißt: Erziehung zur Musik und Erziehung durch Musik; beides soll leichtes Ziel, doch keins von beiden dem Hörer als Ziel fähig sein. Menschen von unverbauter Empfänglichkeit soll gute Musik, in des Wortes bester Bedeutung, geboten werden, zu dem Zweck, ihnen die beglückende, fähig erhebende Wirkung zu vermitteln, deren Musik mehr als jede andere Kunst mächtig ist. Musik soll geboten werden, deren Verständnis nicht besondere fachmännische musikalische Vorbildung voraussetzt. Musik aber — und vieler Gesichtspunkte ist in Vollsymphoniekonzerten früherer Zeit nicht genügend gewürdigt worden — Musik, die in besonderer Weise der Weltanschauung und dem Lebensgefühl des arbeitenden Volkes entspricht, denn aus seinen Kreisen soll sich die Hörerschaft zum größten Teil zusammensetzen.

Es besteht nun einmal die Tatsache, daß fast all unsere Musik in den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft, aus bürgerlichem Lebensgefühl und bürgerlicher Lebensanschauung erwachsen ist. So wird sich darum handeln müssen, vor allen Dingen solche Werke aufzuführen, die diese bürgerliche Herkunft nicht fühlen lassen. Die vielmehr, entweder auf Grund ihres allgemein menschlichen Charakters oder vermöge ihrer individuell revolutionären Haltung, unmittelsbar widerhall auch bei einem heutigen Arbeiterpublikum auszulösen vermögen. Als Beispiel der ersten Art enthält das Programm des ersten Konzertes kommenden Sonntag Schuberts C-Dur-Symphonie, als Beispiel der zweiten Art Beethovens Camontouderläre. In weiteren Konzerten ist auch die Auführung zeitgenössischer Werke beabsichtigt, soweit ihre Modernität nicht nur in musikalisch-technischen Fortschritten, sondern auch im Ausdruck heutigen Lebensgefühles liegt.

Endlich aber soll Ernst damit gemacht werden, diese Konzerte in der Tat Veranstaltungen des Publikums sein zu lassen, das sie befehlt; darum soll Vertreter der Hörerschaft die Möglichkeit geboten werden, auf die Gestaltung der Programme Einfluß zu üben. Wie das durchzuführen sein wird, — nur bei einer ständigen Publikumorganisation ist es durchführbar — muß die Erfahrung lehren.

Recht-Gesellschaft (Orchestra Berlin). Erst 2111111111 mit Freitag, 7. März, im Drama „Der Mann“ im Hoftheater vorlesen. Karten in der Nicolaischen Buchhandlung sowie an der Abendkasse erhältlich.

Der Wand einflussreicher Schulreformer Mit seine nächste Konferenz vom 1. bis 3. Oktober 3. in Krefeld an seine am 10. September stattfindende 2. Weltkongressveranstaltung in Berlin ab. Sie wird des Gesamtthemas „Die Not und der Weg der Jugend“ behandeln.



Erholungswanderer noch über die bereits bestehenden hinaus ausreichende Unterkunft- und Speisegerlegenheiten einzurichten. Kaputtalische Ausbeutung der Volkserholung zerstört und verdirbt sie! Durch zweimäßige Vorsorge können hier ungeheure ökonomische, physische und sittliche Werte erhalten und geschaffen werden.

### Ermission infolge Fehlurteils

Der Hausbesitzer Georg Heiburg, Charlottenburg, Lutherstraße 34, wollte eine ihm nicht gefällige Mieterin loswerden und suchte deswegen die Genehmigung zur Erhebung der Räumungsklage beim Mietseignungsamt nach. Auf erbesstattliche Verfügungen gab das R.-E.-A. wegen zweimaliger angeblicher Verletzungen der Hausordnung die Genehmigung zur Erhebung der Räumungsklage. Die Mieterin hatte außerdem auf Grund der Höchstmietverordnung den früher vom R.-E.-A. festgesetzten Mietzins auf die gesetzlich beschränkte Höhe gesetzt. Das hatte den Unwillen des Vermieters ebenfalls hervorgerufen. Aber wegen dieses Punktes hatte das R.-E.-A. die Genehmigung zur Erhebung der Räumungsklage nicht erteilt.

Das Amtsgericht vertritt den Standpunkt, daß es auch andere Klagegründe als die vom R.-E.-A. in seiner Entscheidung angegebenen heranziehen könne und prüfte sowohl die beiden Fälle der angeblichen Verletzung der Hausordnung als auch den Fall der Herabsetzung des Mietzins eingehend nach. Es kam jedoch in allen drei Fällen zur Abweisung der Klage. Hinsichtlich der Mietzinszahlung stellte es fest, daß das R.-E.-A. erst am 8. Januar 1921 den nach der Höchstmietverordnung zu entrichtenden Mietzins bestimmt hatte und daß der Kläger den betreffenden Teilbetrag des Mietzinses vor diesem Zeitpunkt nicht hätte fordern dürfen.

Der Vermieter legte Berufung ein, und das Landgericht III Berlin verurteilte die Mieterin zur Räumung, weil sie die durch den Befehl des R.-E.-A. vom 15. Mai 1919 festgesetzte Monatsmiete hätte weiterzahlen müssen. Obwohl also das R.-E.-A. bei der Vertragsverlängerung bis 30. September 1920 die endgültige Festsetzung des Mietzinses ausdrücklich vorbehalten hatte, kein Wort steht in dem Urteil von der Einwirkung der Preussischen Höchstmietverordnung auf die Mietzinszahlung; hiernach hatte die Mieterin das Recht, den Mietzins entsprechend zu kürzen.

Es liegt hier der Fall vor, daß ein Landgericht das für seine Entscheidung maßgebende Gesetz nicht kennt. Da dieses Fehlurteil des Landgerichts trotz seiner Ungeheuerlichkeit keiner Aufhebung unterliegt, so blieb der Mieterin nur noch die Hoffnung, daß das R.-E.-A. die Genehmigung zur Vollstreckung des Fehlurteils versagen würde.

Das R.-E.-A. Charlottenburg verurteilte die Mieterin nach Anrufung zur fristlosen Räumung auf Grund der einseitigen Darstellung des Herrn Mietmeisters Heiburg, daß die Mieterin in seinem Hause einen Mieterrat gegründet habe nur zu dem Zweck, ihn als Hausbesitzer zu schikanieren. Das R.-E.-A. Charlottenburg hat mehr Gewicht auf die einseitige und unwissenschaftliche Darstellung des Hausbesitzers gelegt als auf das Zeugnis von zehn Mietern.

Dem Mieterrecht ist hiermit aber ein Schnippen geschlagen worden. Dem Volksempfinden entspricht ein derartiges Ergebnis sicher nicht, denn die Mietseignungsämter sollen zum Schutze der Mieter fungieren und nicht als Interessenvertretung für die Herren Eigentümer. Der soziale Gedanke des Mieterrechts fehlt häufig den Mietseignungsämtern trotz Mieterchutzverordnung und Wohnungsgesetz.

Wir leben eben in einem Klassenstaat mit seiner großen Klassenjustiz, von der man natürlich nicht erwarten kann, daß sie solche Fehlurteile mit keinen schlimmen Folgen für den Geschädigten unmöglich macht. Das einzige Mittel gegen Wiederholungen, das immer nur den Armen treffe, wäre die Sozialisierung von Grund und Boden und die tätige Mitwirkung der gewählten Mieterräte namentlich bei Hausangelegenheiten. Aber das neue Reichsmietengesetz hat auch auf diesem Gebiete keine Besserung gebracht.

Was soll der Arbeiter von der Presse wissen? Ueber dieses wichtige, aber leider noch viel zu wenig behandelte Thema, hat Genosse Stößinger in der Betriebsrätchschule einen auf 4 bis 5 Abende berechneten Kursus, der heute Dienstag abend 8 Uhr im Sophien-Palast, Weinmeisterstraße 16-17, beginnt. Der Vortragszyklus ist auf folgender Disposition aufgebaut: 1. Geschichte der Presse. 2. Ihre Entwicklung im feudalen und kapitalistischen Staat. 3. Aufgaben der proletarischen Presse. 4. Entwicklung des modernen Zeitungsdienstes. 5. Einrichtung einer großstädtischen Zeitung. 6. Der Nachrichtendienst, Telegraphenbureaus und Korrespondenzen. 7. Die Geheimnisse des Zeitungsbetriebes. 8. Lesübungen. Wir machen unsere Leser auf diesen Vortrag aufmerksam, da die Kenntnis des Pressewesens von größter Bedeutung ist für die Beurteilung politischer Probleme. Hörer können dem Kursus folgen, auch wenn sie erst nächsten Dienstag teilzunehmen beginnen.

Etwas für Sammler. Für die Sammler des neuen Berliner Notgeldes hat besondere Anziehungskraft der Schein des 2. Bezirkes erhalten. Er zeigt das erste Dampfschiff zwischen Charlottenburg und den Zelten und trug zunächst dazu den unrichtigen Vermerk „um 1830“. Eine Berliner Zeitung machte dann darauf aufmerksam, daß dieses erste Dampfschiff schon 1816 gesehen sei. Daraufhin wurde bei den weiter ausgegebenen Scheinen dieses Bezirkes die Zahl in 1816 berichtigt. Nachdem inzwischen die Aufsichtsbchörde die weitere Notgeldausgabe verboten hat, ist nur eine geringe Zahl der berichtigten Scheine in den Verkehr gelangt. Die Sammler zahlen dafür entsprechende Liebhaberpreise.

Schülerwerkstätten in Lichtenberg. Schon seit einer Reihe von Jahren schmeißt das Projekt der Einrichtung von Schülerwerkstätten, durch die nach den Erfahrungen solcher Einrichtungen in hiesigen Gemeinden außerordentlich günstige Erfolge in erzieherischer Hinsicht und auf dem Gebiete der Arbeitsschule erzielt worden sind. Sowohl im Entwurf zum Haushaltsplan 1920 als auch in dem für 1921 hatte die Lichtenberger städtische Verwaltung die Einstellung entsprechender Mittel vorgesehen, die jedoch in beiden Fällen gestrichen worden sind. Für 1921 waren a) für Einrichtung von Schülerwerkstätten 20 000 M., b) für Unterhaltung 5000 M. vorgesehen. Durch die Preissteigerung für Materialien dürften sich jetzt die Kosten für die Einrichtung von zwei Werkstätten auf 20 000 Mark belaufen, für Unterhaltung kommt ein Betrag für dieses Jahr nicht in Frage, da mit der Einrichtung vor Ostern 1922 nicht zu rechnen ist. Das Bezirksamt Lichtenberg beantragt daher, folgenden Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung herbeizuführen: Für die Einrichtung von zwei Schülerwerkstätten werden 20 000 M. aus Vorhaltungsmitteln der Bezirksverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt.

Die Frau Kriminalkommissarin mit dem Monokel. Unangenehme Bekanntschaften einer Dame machten seit geraumer Zeit viele Leute in Berlin und auch in der Provinz die Waren aller Art oder zuletzt auch Güter zu kaufen beabsichtigten. Als Baumgärtlerin bot sich ihnen eine „Frau Kriminalkommissarin Dr. Baumgärtin“ an, die nach ihren Erzählungen auf allen Gebieten bewandert war und gute Beziehungen zu allen möglichen Geschäftsleuten hatte. Die Dame fand infolge ihres Auftretens stets Vertrauen und erreichte es leicht, daß man ihr Vorschläge machte, die sie zur Einleitung und Abwicklung der Geschäfte angeht brauchte. Sie beschränkte sich aber lediglich darauf, diese Vorschläge einzusammeln, und ließ dann nichts mehr von sich hören. In allen Angelegenheiten von Betrogenen lebte die Mitteilung wieder, daß die Kommissarin, wenn sie gezwungen war, irgendein Schriftstück zu lesen, sich ein Monokel ins Auge geklemmt habe. Dadurch kam die Kriminalpolizei der Schwindlerin auf die Spur. Sie hatte schon wiederholt mit einer früheren Kellnerin Irma K. Ruhe zu tun gehabt, die schon bei der Ausübung dieses Berufes ein Monokel zu tragen pflegte. Die Verdächtige wurde ermittelt, festgenommen und von allen Betroffenen auch als die angeklagte Frau Kriminalkommissarin wiedererkannt.

## Gewerkschaftliches

### Zum Streikerlaß des Herrn Richter

Die politische Polizei triumphiert  
Der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten, der bei Ausbruch des Eisenbahnerstreiks erging und an dummer Brutalität alles bisher selbst unter dem alten Regime Dagewesene in den Schatten stellte, ist, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, nicht dem Kopf des Herrn Richter selbst entsprungen, sondern im Schoße der Abteilung IA ausgeheckt worden, die, wie unsere Leser wissen, zur Schande und Lächerlichkeit der Republik nichts weiter ist, als die alte politische Polizei der wilhelminischen Ära. Mit der Gegenzeichnung des Leiters dieser Abteilung, des Regierungsrats Dr. Weich, versehen, wurde das standalöse Machwerk dem Präsidenten Richter vorgelegt und von diesem gehorsamst unterhauen. Die reaktionären Geheimräte hatten sich in ihrem „Chef“ wieder einmal nicht getäuscht. Sie wußten, daß er auch in diesem Falle wie in allen anderen nach ihrer Plöte tanzen würde. Was am meisten an der Sache empört, ist der bisher noch nicht beachtete Umstand, daß sich keiner der übrigen preussischen Polizeipräsidenten, die doch zum Teil noch der feudalen Schicht angehören, zu einem ähnlichen Erlaß erdreistet hat.

Hat Herr Richter eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, warum ihn am 9. November der revolutionäre Arbeiterkampf auf den Posten des Polizeipräsidenten in Charlottenburg, der eine Vorstufe zu seiner heutigen Stellung war, gehoben hat? Auch wären wir neugierig, zu wissen, ob er nach seinem neuesten Streich das Narr in rechtssozialistischen Parteilager seiner Gewohnheit gemäß wieder damit beschwichtigt, daß er erklärt „Nicht mein Ressort!“

Harmlose Gemüter haben sich bis jetzt bei ähnlichen auch so häufigen Anlässen immer damit zufrieden gegeben, ohne zu bedenken, daß nach dieser Logik ein Oberst erklären könnte, die Bataillone seines Regiments gingen ihn nichts an, sintemal jeder einen Major zum Kommandeur hat.

Ob Herr Richter in Zukunft mehr nach seiner eigenen Ueberzeugung und nach seinem Gewissen amtiert und die Plötionen seiner Geheimräte ignorieren wird? Wir wagen es zu bezweifeln.

### Für einen graphischen Industrieverband

Buchbinder zum Verbandstag  
In einer außerordentlichen Generalversammlung am 20. Febr. im Gewerkschaftshaus, nahmen die Buchbinder Stellung zu den Anträgen zum Verbandstag, der am 15. Mai in Cassel zusammentritt. Kaspar wies einleitend auf die Bedeutung der Tagung hin. Es soll in Cassel Nechenschaft über die geleistete Arbeit abgelegt und die Arbeit für die Zukunft festgelegt werden. Insbesondere wird die Schaffung des graphischen Industrieverbandes mit allen Kräften angebahnt werden müssen. Des weiteren begründete er die von der erweiterten Ortsverwaltung eingebrachten Anträge, über die eine ausführliche Debatte einsetzte.

Annahme fanden folgende Anträge: Abänderung des § 2, Zweck des Verbandes, der eine präzisere Fassung und zugleich sozialpolitische Forderungen enthält. Ueber Nichtaufnahme eines Mitgliedes soll nicht wie bisher Verbandsvorstand und -auschuss, sondern die Mitgliedschaft des Ortes und in letzter Instanz der Verbandstag entscheiden. Weibliche und männliche Mitglieder haben den gleichen Beitrag nach dem Verdienst zu leisten. § 9 des Statuts, Festsetzung evtl. Extrabeträge durch den Vorstand, sowie die §§ 20-28, sind zu streichen und damit die Abfassung der Krankenunterstützungen beschlossen, hingegen sollen die Streit- und Mahnregelungsunterstützungen ausgebaut werden. Zu § 48; über die Anstellung der Gauleiter soll durch Abstimmung der Mitgliedschaft entschieden werden. Die Angestellten haben sich alljährlich einer Urwahl zu unterziehen. Ferner soll der Verbandsvorstand verpflichtet werden, sofort aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, da dadurch die Klassengegenstände verwischt werden und die Arbeiterchaft in ihren Kämpfen gehemmt wird; ein Betriebsrätekongress soll einberufen werden, der den Aufgabenkreis der Betriebsräte, wie den Zusammenschluß der graphischen Verbände behandeln soll. Die Verhältniswahl nach gebundenen Listen ist aufzuheben, Gleichstellung der Entlohnung bei Männern- und Frauensarbeit zu erstreben, eine Revision der Gehälter der Verbandsangestellten durch Verminderung der Staffellege ist vorzunehmen.

Einstimmig fand der Antrag der Jugendkommission Annahme, der die Schaffung von Jugendabteilungen, Anstellung eines Jugendsekretärs und Einberufung einer Reichskonferenz der Jugend fordert. Ferner beschloß die Versammlung, daß alle Verbandsmitglieder keiner anderen Gewerkschaft angehören sollen. Ein aus den drei Fraktionen zusammengesetzte Anstellungsprüfungskommission wurde einstimmig gewählt.

### Graphische Hilfsarbeiter- und -arbeiterinnen

Am Mittwoch, den 22. Februar, nachm. 5 Uhr, findet in der Berliner Buchdruckerei, Fildinstraße, eine Mitgliederversammlung statt, die die Aufstellung der Kandidaten zur gesamteten Ortsverwaltung vornehmen soll. Da die vorige Wahl unter der Parole: „Moskau oder Amsterdam“ vor sich ging und hierbei die Richtung Moskau eine Schlappe erlitt, wird von dieser Seite bei der jetzigen Wahl eine neue Parole ausgegeben. Diese heißt: „Aufstellung einer gemeinsamen Liste, und politische Neutralität in der Verwaltung.“ Es wäre zu begrüßen, wenn auch unsere kommunistischen Freunde zu der Erkenntnis kämen, daß bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit eine ausgesprochene Parteipolitik vom Uebel ist. Nach den gepflogenen Reden unserer linken Freunde ist aber zu bemerken, daß ihre jetzige Parole nur Gimpelnsang bedeutet. Ihr Beginnen ist nur darauf berechnet, wieder in den Ortsvorstand einzuziehen und dort ihre „revolutionäre“ und persegende Tätigkeit auszuüben.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt euch nicht beirren. Es handelt sich nicht um ein sachliches Mitarbeiten der Kollegen von links in der Verwaltung, sondern der Richtungsstreit soll auch in der Verwaltung wieder ausleben. Dem vorzubehugen, gibt es nur eine Antwort: Wahl der Verwaltung im Sinne der Richtung Amsterdam! Darum erscheint alle in dieser Versammlung und tretet ein für die Liste

Amsterdam.

### Lohnbewegung der Tapezierer

In der am Sonntag stattgefundenen Versammlung der Tapezierer berichtete Müller über den Stand der Tarifverhandlungen mit den Unternehmern. Den Forderungen des Verbandes der Sattler, für Gehilfen 17.— M., Junggehilfen 13.— M., Räderinnen 12.50 M., ungelübte Räderinnen 11 M. pro Stunde, berufliche Hilfsarbeiter Mindestlohn wie Gehilfen, Hausdiener, Pader 600 M., und Zupferinnen 400 M. pro Woche, beantworteten die Unternehmer mit einem Gegenvorschlag, der wesentliche Verschlechterungen aufwies.

Der Schlichtungsausschuss fällt dann einen Schiedspruch, dahingehend, daß bei den neuen Verhandlungen, beide Vorschläge bei Beratung des neuen Tarifes herangezogen werden sollen. In der Diskussion wurde der Antrag gestellt, sofort in den Streik zu treten. Nach ausgiebiger Debatte wurde jedoch ein längerer Antrag der Lohnkommission, der die Forderungen an die Unternehmer enthält, gegen 10 Stimmen angenommen. Danach

findet die endgültige Abstimmung über den Streik am Freitag, den 24. Februar statt.

Beendete Lohnbewegung der Töpfer. Die Töpfer verhandelten schon seit längerer Zeit mit ihren Unternehmern wegen Lohn-erhöhungen. Die Verhandlungen wurden erschwert durch die große Arbeitslosigkeit (zur Zeit 70 Prozent) im Beruf. Die Unternehmer lehnten schon im Januar jede Weichforderung ab. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 19. Januar, der den Lohn pro Stunde von 13 M. auf 14.25 M. erhöhte, verlief ebenfalls der Ablehnung der Unternehmer. Die Organisation der Töpfer stellte nun den Antrag beim Demobilitätskommissar auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches und reichte zu gleicher Zeit neue Forderungen zum 1. Februar ein. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab. Der angerufene Schlichtungsausschuss brachte einen Vergleich zustande. Er lautet: „Die Lohnsätze betragen vom 20. Februar 1922 ab 15.50 M. im Stundenlohn. Die Leistungszulage bei Affordlohnjahren beträgt ab 20. Februar 1922 120 Prozent. Dieses Abkommen gilt bis zum 31. März 1922. Für die Zeit von der auf den 16. Januar 1922 folgenden Lohnwoche bis zum 19. Februar 1922 werden Nachforderungen nicht gestellt. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 19. Januar 1922 wird zurückgezogen. Parteien behalten sich das Recht des Widerrufs bis zum 20. Februar 1922, mittags 12 Uhr, durch Mitteilung aneinander und an den Schlichtungsausschuss vor.“ Die Parteien haben beide Parteien zugestimmt. Widerruf wurde nicht erhoben und hat damit die Lohnbewegung der Töpfer ihr Ende erreicht.

Beendete Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter. Der angerufene Schlichtungsausschuss fällt in der Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter folgenden Vergleich: Die Lohnsätze werden vom 1. 2. 1922 bis 31. 3. 1922 erhöht; für Arbeiter um 100.— Mark, für Arbeiterinnen um 90.— M. und für Jugendliche um 75.— M. pro Woche. In der Versammlung am 18. 2. wurden nach längerem Ausführungen die Vorschläge der Arbeitgeber angenommen. Gedruckte Exemplare des Vergleiches sind im Verbandsbureau, Engelauer 24-25, Zimmer 38, zu haben.

Die Arbeitslosen werden zu Dienstboten ausgebildet. Mit finanzieller Unterstützung des Staates und des nationalen Hilfsfonds sind in England Kurse zur Ausbildung arbeitsloser Frauen organisiert worden. Die Kurse haben zum Hauptziel die Ausbildung der früheren Arbeiterinnen zu guten Dienstmädchen. Diese Art der Ausbildung trägt sich natürlich auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, sie richtet sich nach dem Umschwung der Nachfrage; die bestehenden Schichten können die Frauen nicht mehr in der Produktion verwenden, so verwenden sie diese eben im persönlichen Konsum, die dank der Arbeitslosigkeit billig und dank den musterhaften Kursen gut sind. Für die gesamte Volkswirtschaft sowie für die arbeitende Klasse ist dieser Umschwung natürlich von Schaden, die ganze Angelegenheit aber ist sehr bezeichnend für die heutige Lage.

Für die Industrieverbände. In der englischen Gewerkschaftsbewegung vollzieht sich eine langsame Umwandlung der Gewerkschaften von Berufsverbänden in Industrieverbände, wenn auch öfters entgegengeetzte Tendenzen zur Geltung kommen. Der Eisenbahnerverband hat vor kurzem die Parole ausgegeben, diese Umgestaltung in Industrieverbände und zwar nicht nur für die Eisenbahner, sondern für die gesamte Arbeiterchaft, überall wo es möglich ist, vorzunehmen. Er meint, daß die Gewerkschaftsbewegung sich nur auf diese Weise für die kommenden schwierigen Zeiten kampffähig erhalten kann. Die besonderen Berufsinteressen dürften in den Sektionen ihre Vertretung finden.

### Parteiveranstaltungen

16. März. Die Eintrittskarten für „Im Kampf mit dem Berge“ sind sofort an Karl Wegmann abzugeben.

#### Mittwoch, 22. Februar

5. Verwaltungsbereich. 15., 16., 17. März. Abends 7 Uhr Sitzung bei Wittsch. Februarstr. 5. Urkunden oder Mitglieder beizugehen notwendig.

15. März. Abends 7 Uhr Vorlesung bei Witzsch, Fildinstraße 50. Abteilungsleiter nichterfahrene Mitglieder zum Kolo-Theater mitbringen.

#### Donnerstag, 23. Februar

15. März. Arbeitslose Genossen und Genossinnen, die Freibillets zur Vorstellung am Freitag im Kolo-Theater haben wollen, melden sich abends von 6-7 Uhr beim Genossen Hermann Müller, Fildinstraße 5, Duerweg. III Tr.

#### Freitag, 24. Februar

5. Verwaltungsbereich. Wiener-Kloster 11. S. P. Abends 8 Uhr Uebungsstunde. Schmidt Gesellschaftshaus, Fildinstr. 30a. Sangesfreudige Genossen werden gebeten, dem Chor beizutreten.

### Bereinskalender

#### Donnerstag, 23. Februar

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein in Berlin 23. Chem. Weg 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in Gesellschafts-Haus, Koll. Friedr. 30. Tagesordnung: Tarifangelegenheit.

Stammes. Die Brancherversammlung der Stammes findet abends 7 Uhr im Kolonialhof, Fildinstraße 11-12, statt. Wichtige Tagesordnung: Beschäftigung und wirtschaftliche Schulung der Arbeiter. Betriebsangelegenheiten. Zentralverband der Angestellten. Wöchentliche Kolo-Berlin, Koll. Friedr. 30. — Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Wochensitzung. — Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Wochensitzung. — Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Wochensitzung. — Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Wochensitzung. — Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Wochensitzung.

#### Samstag, 26. Februar

Werkmeister-Verband. Naturfreunde, Ortsgruppe Gesundbrunnen, veranstaltet in der Wala Grünhalden Str. 5 drei Filmvorstellungen „Im Kampf mit dem Berge“. Anfang vorm. 10 Uhr (Kinobestellung, Eintritt 1 M., Gewandhaus 2.50 M.), nachm. 3 Uhr (2.50 M.) und 7 Uhr (3 M.).

Unserlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigelegt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Vertriebs.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Dr. Paul Herz, Charlottenburg für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: R. Gensel, Berlin für den Interessen- und politischen Mittelungen: Ludwig Komert, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 54.

## Buchhandlung „Freiheit“

C 2, Breite Straße 8-9, 2. Hof parterre

# Ständige Bücher- und Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur  
Schöne Literatur / Jugendschriften  
Bilder mit und ohne Rahmen  
Reiche Auswahl

## \* Antiquariat \*

Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags